

Rede des Generalsekretärs

Ronald Pofalla MdB

Bundesausschuss am 20. Februar 2006

- Es gilt das gesprochene Wort -

I. Begrüßung

Sehr geehrte Delegierte,
liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Gäste,

heute ist das erste größere Parteitreffen seit Bildung der neuen Bundesregierung: Die CDU trägt wieder Regierungsverantwortung. Angela Merkel ist Bundeskanzlerin.

Ich freue mich, dass über 1.000 die Einladung zu unserem Wertekongress angenommen haben. Damit bringen wir zusammen, was zusammen gehört. Denn eine Volkspartei, die den Anspruch hat, Bürgerpartei zu sein, muss den Menschen nahe sein.

II. Arbeit der Regierung

Nicht viele haben erwartet, dass der Regierungsstart so gut gelingt. Doch nach gut 90 Tagen weiß ganz Deutschland, was wir schon immer wussten: Mit Bundeskanzlerin Angela Merkel gelingt ein neuer Anfang für unser Land.

Klar ist aber auch: die Herausforderungen unseres Landes sind nicht kleiner geworden, neue- wie die Vogelgrippe – sind hinzugekommen. Klar ist aber: ein Bewusstseinswandel hat eingesetzt. Wir benennen die Herausforderungen unseres Landes beim Namen, statt sie zu verschweigen. Das zeigt: Wir erarbeiten neues Vertrauen in die Gestaltungskraft von Politik. Jetzt gilt es, den Schwung mitzunehmen.

Die CDU steht zur Großen Koalition. Natürlich ist die Große Koalition nicht leicht für unsere Partei: Im Bund ist die SPD Koalitionspartner, in den Ländern und den Kommunen politischer Konkurrent.

III. Meine Aufgabe

Das wird auch meine Arbeit als Generalsekretär prägen. Zwei wesentliche Ziele stehen für mich im Vordergrund:

Zum einen werde ich die Arbeit der Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel mit aller Kraft unterstützen. Damit es Deutschland wieder besser geht. Damit die Menschen in unserem Land neue Chancen bekommen.

Zum anderen will ich das Profil unserer Partei, der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, stärken und schärfen. Denn mein Anspruch für die nächsten bundesweiten Wahlen lautet: 40 Prozent plus X für die Union.

Die CDU nennt sich bewusst „christliche Partei“. Aus unserem christlichen Menschenbild leitet sich ab, dass wir den Menschen nehmen, wie er ist. Dass wir uns Herausforderungen ohne ideologische Scheuklappen nähern.

Anders als z.B. die Grünen, die beim Stichwort „Deutsch auf Schulhöfen“ auf die Barrikaden steigen. Anders als die SPD, die Unternehmer, die hier investieren und Arbeitsplätze schaffen, als „Heuschrecken“ diffamiert. Anders als die FDP, die sich auf die Wirtschaft beschränkt und dabei das Soziale aus dem Blick verliert.

Die CDU ist die Partei der Mitte. Das wird so bleiben!

Wir sind nahe an der Lebenswirklichkeit. Im Gegensatz zur SPD leben wir Subsidiarität. Die Stärke unserer Partei ist die Verwurzelung in den Dörfern, Städten und Ländern.

Das werden am 26. März auch die Wahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und auf kommunaler Ebene in Hessen zeigen. Eines sage ich in dem Zusammenhang ganz deutlich und ohne wenn und aber: Kein Platzbeck, kein Müntefering,

keine Große Koalition und erst recht keine vermeintliche Koalitionshygiene hält uns davon ab, um das Vertrauen der Menschen zu werben. Unser Ziel heißt: vier Wahlen, viermal Sieg!

Jede Stimme für Christoph Böhr in Rheinland-Pfalz, für Wolfgang Böhmer in Sachsen-Anhalt, für Günther Oettinger in Baden-Württemberg, für die Kommunalvertreter der Hessen-CDU stärkt die CDU – vor Ort, im Land und natürlich auch im Bund. Jede Stimme ist ein Vertrauensbeweis für die CDU.

Die ganze Partei steht und kämpft an Eurer Seite. Wir verstehen Wahlkampf als das, was er ist: Kampf um jede Stimme bis zur letzten Minute! Deshalb kommen die Mitglieder des Bundesvorstands zu über 200 Rednereinsätzen in die wahlkämpfenden Verbände. Deshalb sage ich: Das Konrad-Adenauer-Haus und ich – wir sind gemeinsam bestmögliche Dienstleister für die Wahlkämpfer vor Ort.

IV. Aufgabe GS/KAH

Es ist mir wichtig, dass Konrad-Adenauer-Haus näher an die Gliederungen der Partei zu bringen. Denn wer Volkspartei sein will, muss stark vor Ort sein.

Gemeinsam haben CDU und CSU längst mehr Mitglieder als die SPD. Der CDU alleine fehlen nur noch knapp 19.000 Mitglieder, um die SPD zu überholen. Vor zehn Jahren noch lag die Differenz bei 160.000 Mitgliedern. Wir sind einen weiten Weg gegangen. – Lieber Koalitionspartner, zieht Euch warm an, wir werden Euch noch in dieser Legislaturperiode überholen!

V. Positionierung der CDU

Die CDU steht für einen neuen Anfang, während andere Parteien noch die Debatten des vergangenen Jahrhunderts führen. Wir schauen nach vorne, die anderen in den Rückspiegel. Wir können mit Fug und Recht sagen: Ja, die CDU ist die Zukunftspartei des 21. Jahrhunderts.

Auch wenn wir in der Großen Koalition unsere Konzepte nicht immer 1:1 umsetzen können, geben wir unseren klaren Kurs nicht auf. Wir nennen weiter die größte soziale Ungerechtigkeit in unserem Land beim Namen – die Arbeitslosigkeit. Das Thema ist eines, das seit meiner Kindheit auch zu meiner familiären Erfahrung zählt.

Zu Beginn der 70er Jahre habe ich erlebt, wie durch den Konkurs eines Unternehmens u.a. mein Vater als über 50jähriger Holzfacharbeiter und Haupternährer der Familie arbeitslos wurde. Ich habe erlebt, wie sich das Leben meiner Familie durch Arbeitslosigkeit verändert hat, wie das Selbstbewusstsein meines Vaters litt und erst wieder zurückkehrte, als er wieder Arbeit gefunden hatte.

Deshalb kann und will ich mich nicht mit Massenarbeitslosigkeit abfinden!

Vielleicht ist damals bei mir als Kind und Jugendlicher die Erkenntnis herangewachsen, dass Bildung der bestmögliche Schutz ist, solche Lebenssituationen zu verhindern oder möglichst schnell zu überwinden. Mein Bildungsweg war nicht gradlinig. Ich bin über den zweiten Bildungsweg gegangen und habe zunächst Sozialpädagogik und später Jura studiert.

Die beste Sozialpolitik ist, politische Rahmenbedingungen zu setzen, die zu mehr Arbeitsplätzen, zu neuen Arbeitsplätzen und damit zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit beiträgt.

Ich halte es für einen Skandal, dass fast eine Million junge Menschen unter 25 Jahren keinen Arbeitsplatz finden! 14 Prozent von ihnen haben keine abgeschlossene Ausbildung, 16 Prozent keinen Schulabschluss. Ich bin nicht bereit, zu akzeptieren, dass diese eine Millionen junge Menschen das Etikett „Chancenlos“ tragen sollen.

Mit meinem Verständnis von Gerechtigkeit ist das nicht vereinbar. Alle Menschen, Junge und Alte, Frauen und Männer, gut und weniger gut Qualifizierte haben ein Recht auf eine faire Chance am Arbeitsmarkt. Das bedeutet Chancengerechtigkeit für mich. Das ist eine elementare Frage der „Neuen Gerechtigkeit“.

Mein Anspruch ist, Begriffe zu besetzen und zu prägen. Unser Jahresmotto - Sie sehen es da hinter mir – lautet „Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“. Das lassen wir uns nicht nehmen. - Es geht nicht darum, dass Profil der CDU nach links zu verschieben wie einige unterstellen. Es geht aber auch nicht darum, die Solidarität zu vernachlässigen.

Es kann aber auch nicht – angesichts einer der höchsten Sozialstaatsquoten in Westeuropa – so getan werden, als ob alles so bleiben kann wie bisher. Bei annähernd 40 Mrd. Euro Arbeitsmarktkosten, die im Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden, geht es nicht um mehr Solidarität, sondern um zielgenauere Solidarität. Wir müssen als Sozialstaat zielgenauer und vor allem wirkungsvoller unterstützen.

CDU und CSU – beide Unionsparteien stehen dafür, dass wir das Thema Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit voran stellen. Wer damit rechnet, wir lassen den zuständigen Minister Münzfering mal machen, um dann in aller Ruhe die Ergebnisse zu begutachten, der irrt. – Hier kann keiner ruhen, im Gegenteil. Hier ist im wahrsten Sinne des Wortes „Arbeit“ angesagt.

Arbeit an den besten Ideen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Arbeit im Wettstreit für mehr Chancengerechtigkeit – auch gegenüber der SPD.

Und wir haben schon eine Menge erreicht. Die ersten wichtigen Änderungen auf dem Arbeitsmarkt sind umgesetzt:

- Wirkungslose, aber teure Instrumente wie die Personal-Service-Agenturen sind bis auf wenige Ausnahmen abgeschafft,
- die Ich-AGs laufen Mitte dieses Jahres aus,
- Maßnahmen, um die Jobchancen von älteren Arbeitnehmern zu verbessern, wurden verlängert. Wie zum Beispiel die Entgeldsicherung.

Ein wichtiges Projekt, um die Arbeitsmarktreformen wirksam zu gestalten, ist in der Pipeline:

- Vorige Woche haben wir im Bundestag eine Anpassung des Arbeitslosengelds II beschlossen, damit junge Leute nicht massenhaft von zu Hause auszuziehen, nur um höheres Arbeitslosengeld einzufordern.

Weitere Meilensteine liegen noch vor uns:

- Bis zum Ende dieses Jahres müssen alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf den Prüfstand. Ich zitiere: „Das, was sich als wirksam erweist und zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit oder zu Beschäftigung führt, wird fortgesetzt. Das, was unwirksam und ineffizient ist, wird abgeschafft.“ – Meine Damen und Herren, dieses Zitat, das durchaus wortwörtlich aus unserem Wahlprogramm stammen könnte, findet sich im Koalitionsvertrag. – Wir werden dafür sorgen, dass den Worten auch Taten folgen. Hier werden wir nicht nachgeben. Diesen Wettbewerb um die besten Ideen muss die SPD aushalten.
- Ein zweiter Punkt ist das Thema Kombilohn. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von CDU und CSU unter Leitung von Markus Söder und mir werden wir ein geeignetes Modell entwickeln. Teile der SPD reden in diesem Zusammenhang von einer Brandmauer, die eingezogen werden soll, um ein bestimmtes Lohnniveau festzuschreiben. Damit zeigt die SPD, dass sie derzeit ausschließlich die Interessen derer im Blick hat, die Arbeit haben.

Ich sehe das andersrum. Wir müssen keine Mauern, schon gar keine „Brandmauern“ hochziehen. Wir müssen die Einstiegshürden für fünf Millionen Arbeitslose senken. Denn jeder Euro, den ein Arbeitsloser verdient, ist ein guter Euro!

- Dritter Punkt ist die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts. Das ist eine zentrale Voraussetzung, um Wachstum zu fördern und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erleichtern. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Verlängerung der Probezeit auf bis zu 24 Monate, wie wir sie in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt haben. Nun muss sie aber auch umgesetzt werden. Wobei ich noch mal darauf hinweisen möchte: Das gilt nur für Neueinstellungen! Für die 26 Millionen Menschen, die einen Job haben, ändert sich nichts!
- Vierter Punkt ist der Mindestlohn. Ich weiß, das ist ein schwieriges Thema für unsere Partei. Wir können ihm aber nicht aus dem Weg gehen. Wir haben in Litauen einen monatlichen Mindestlohn von rund 120 Euro. – Das kann für Deutschland keiner wollen.

In Luxemburg haben wir einen monatlichen Mindestlohn von rund 1.500 Euro. Auch das kann für Deutschland keiner wollen. Ich sage Ihnen ganz offen: Da müssen wir drüber reden.

Zwei Punkte müssen dabei ganz klar sein:

1. Es darf nicht dazu kommen, dass der Arbeitsmarkt auf einem Lohnniveau einbetoniert wird, dass tausende oder gar hunderttausende Jobs mit niedrigerem Lohnniveau einfach wegrasiert. Das kann und wird es mit uns nicht geben.
2. Die Festlegung eines Mindestlohns – wenn man sich denn dafür entscheidet – ist die Aufgabe der Tarifvertragsparteien. Ich freue mich, dass Michael Sommer heute hier ist. Wir beide – das kann ich offen sagen – haben während der Koalitionsverhandlungen und danach auch darüber häufiger gesprochen. – Es ist Aufgabe der Tarifvertragspartner einen Vorschlag zu machen. Diese Aufgabe müssen die Tarifvertragsparteien wahrnehmen!

Es gibt noch viel zu tun in unserem Land. Vieles wird sich ändern müssen. Das wird kein leichter Weg – weder für die CDU noch für die Menschen. Trotzdem werden wir unabhängig von Wahlkampfkalendern immer wieder Reformnotwendigkeiten aufzeigen und Druck machen, wo es nötig ist.

Andere Länder haben es auch geschafft – wir müssen gar nicht weit schauen: Großbritannien, die Niederlande oder die Österreicher: Die haben es geschafft. Dann schaffen wir das auch!

Nur: noch nie wurden Probleme durch weniger Arbeit gelöst. Wir können die Probleme Deutschlands meistern, wenn wir gemeinsam anpacken. Wir werden niemanden zurücklassen und wir werden niemanden aus der Verantwortung entlassen.

Jeder wird gebraucht. Dazu gehört, dass wir über Arbeitnehmerbeteiligungen sprechen. Dazu gehört, dass wir über Bildungschancen und Erziehung sprechen.

Und dazu gehört insbesondere, dass wir uns zu allen Zeiten zur besonderen Bedeutung von Familien bekennen. Sie ist Keimzelle der Gesellschaft. Sie ist der kleinste und wichtigste Hort, in dem Nächstenliebe gelebt und Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.

Wir erkennen unterschiedliche Betreuungskonzepte an. Ganz gleich, ob Eltern sich für oder gegen den Beruf, für oder gegen die Kinderbetreuung entscheiden. Wir fordern weiterhin gleiches Recht für alle ein. Wir kämpfen weiterhin für die freie Wahlmöglichkeit der Eltern.

Wir akzeptieren nicht, dass junge Familien sich rechtfertigen müssen, ganz gleich wie sie sich entscheiden:

- Mütter, die ihren Beruf aufgeben, um ihre Kinder zu erziehen, gelten nach jahrelanger linker Diktion als altmodisch. Das akzeptieren wir nicht.
- Mütter, die sehr schnell wieder in den Beruf zurückkehren – oft genug, weil die Familie schlichtweg ein zweites Einkommen braucht – werden als Rabenmütter bezeichnet. Auch das akzeptieren wir nicht.
- Vätern, die in Elternzeit gehen, wird unterstellt, sie seien arbeitslos oder hätten keinen Erfolg im Beruf. Das akzeptieren wir nicht.

So dürfen wir mit Familien in Deutschland nicht umgehen. Wir müssen deutlich machen: Wir freuen uns über jedes neugeborene Baby in unserem Land. Und wie die Betreuung geregelt wird, darüber befinden und urteilen allein die Eltern und niemand sonst in diesem Land.

VI. Grundsatzprogramm

Der Anspruch der CDU geht über Problemlösung hinaus: Wir wollen Orientierung geben. Zentraler Punkt der Parteiarbeit in den kommenden zwei Jahren ist die Überarbeitung unseres Grundsatzprogramms. Die Debatte, die wir führen werden, eröffnet eine große Chance, nämlich deutlich zu machen, wie grundsätzlich wir uns von anderen Parteien unterscheiden.

Wir bekennen uns zu einem christlichen Bild vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Das ist leider keine Selbstverständlichkeit. Im SPD-Programm finden Sie weder einen Bezug zum christlichen Menschenbild noch zu Gott. Das ist einer der entscheidenden Unterschiede zwischen CDU und SPD. Das ist der Kern unserer Identität. Das ist so und das wird so bleiben.

Wir wollen unseren Grundwerten neue Geltung verschaffen angesichts der Herausforderungen dieses Jahrhunderts – der Globalisierung, der Demographie und der Wissensgesellschaft. Wir wollen erneuern, um die Zukunft unseres Landes aktiv zu gestalten und nicht von ihr getrieben zu werden.

Wir wollen erneuern, um zu bewahren. Die Zeiten verändern sich immer schneller - unsere Grundwerte: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit haben Bestand.

„Freiheit in Verantwortung“ haben wir 1994 unser Grundsatzprogramm überschrieben. Das heißt für uns: Jeder einzelne Mensch hat ein Recht auf freie Entfaltung, aber auch die Pflicht, Verantwortung für sich und die Gemeinschaft zu übernehmen.

Solidarität ist das Band, das unsere Gesellschaft zusammenhält. Das heißt für uns: Jeder Mensch hat das Recht auf und die Pflicht zur Solidarität und Hilfe.

Gerechtigkeit bedeutet für uns: Anerkennung der Leistung des Einzelnen, aber auch Hilfe für die Bedürftigen. Gleichartige Start- und Lebenschancen, aber keine Gleichmacherei.

Wir sind bereit, mehr Freiheit zu wagen. Denn wir wissen: Arbeit braucht Wachstum und Wachstum braucht Freiheit.

Unser Ziel ist „Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“: Erst, wenn bei Bildungschancen die Herkunft nicht mehr über die Zukunft entscheidet, wenn wir nachfolgenden Generationen mehr Werte als Schulden hinterlassen, wenn Jung und Alt sich Perspektive und Sicherheit teilen, wenn ältere Arbeitnehmer wieder Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben und das Wort „Massenarbeitslosigkeit“ Geschichte ist, haben wir unser Ziel erreicht.

Zeitlos ist auch unser Bekenntnis zu Deutschland. „Achtet jedes Menschen Vaterland, aber das deinige liebe.“, dieses Zitat von Gottfried Keller bringt es auf den Punkt: Unsere Motivation heißt Deutschland!

Ganz gleich wie fortschrittlich wir sind, so konservativ bleiben wir, wenn es um unsere Heimat und unser Vaterland geht. Das war so, das ist so und das muss so bleiben!

VII. Schluss

Ich freue mich sehr auf diese Arbeit, die ich koordinieren werde und für die ich Ansprechpartner im Konrad-Adenauer-Haus bin. Ich freue mich auf die Arbeit mit der Partei. Mit den Verbänden und den Vereinigungen.

Ich danke unserer Parteivorsitzenden Bundeskanzlerin Angela Merkel für ihr Vertrauen. Es erfüllt mich mit Stolz, dass sie mich Ihnen zur Wahl des Generalsekretärs vorschlägt.

Ich blicke mit großem Respekt auf die Arbeit der Generalsekretäre der CDU. Und danke besonders meinem Vorgänger Volker Kauder. Herzlichen Dank, lieber Volker, für Deine gute Arbeit.

Ich will meine Arbeit leidenschaftlich und aufrichtig leisten. Ich werde viel unterwegs sein, um mit vielen in der Partei zu sprechen. Denn so wie die Partei nah bei den Menschen ist, möchte ich nah bei der Partei sein.

Vielen Dank!